

Ratssitzung vom 11.05.2021

**Redebeitrag von Astrid Buchholz zum Hagenmarkt:**

Am 28.4. brachte ein interfraktioneller Antrag, der von sechs Fraktionen getragen wurde, das Ende der bisherigen von der Verwaltung vorgelegten Planung für den Hagenmarkt.

Was danach kam, könnte man fast als „zweiten Sturm über dem Hagenmarkt“ bezeichnen, dieses Mal einen der Meinungen. Als Ausschussmitglied bekam man Mails von Bürgerinnen und Bürgern, von verschiedenen Organisationen, Planungsbüros, TU-ProfessorInnen und manche wurden sogar von Herrn Ackers persönlich angerufen.

Grundtenor der kritischen Äußerungen: Der Änderungsantrag beinhalte keine ordentliche Planung und die Bürgerbeteiligung würde damit nicht ausreichend gewürdigt.

Natürlich beinhaltet der Änderungsantrag keine konkreten Planungsvorschläge. Das ist überhaupt nicht die Aufgabe der Ausschussmitglieder, daher wird ja auch im letzten Punkt des Antrages die Verwaltung um die Vorlage einer entsprechenden Planung für die Junisitzung gebeten.

Natürlich kann ich keine Stadtplanung. Ich arbeite weder in einem Planungsbüro noch in der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig, ich bin hier Ratsfrau.

Und als solche darf und muss ich mich in die Gestaltung der Stadt - hier nun des Hagenmarktes - mit einbringen. Ich bin dabei nicht der verlängerte Arm der Verwaltung und es steht mir frei, eine eigene Entscheidung zu treffen.

Nun bin ich nicht die Einzige, die mit keinem der Vorschläge der Verwaltung einverstanden war und so kam es zum Änderungsantrag. Der überwiegende Teil der aufgeführten Punkte war der Verwaltung schon seit dem November bekannt. Leider fanden sie keinen Eingang in die Vorlage.

Unser Änderungsantrag wird nun in der Öffentlichkeit als „Einkaufsliste“ diskreditiert, der Oberbürgermeister spricht von einem „verheerenden Signal“. Das hat mich sehr getroffen, denn es ist persönlich herabsetzend. Hier die PlanerInnen und ProfessorInnen, die ja so kompetent Pläne entwerfen können und dann kommen die da aus dem Ausschuss mit ihrer Liste, wie so ein paar Hausfrauen auf dem Weg zum Wochenmarkt.

Dieser Umgang mit einem demokratisch gewählten Gremium zeugt von mangelndem Respekt.

Wenn wir eine ähnliche Liste eingebracht hätten als Ergänzungswünsche für eine der von der Verwaltung favorisierten Planungen, dann hätte sich niemand darüber lustig gemacht. Man hätte die Punkte, sofern möglich, mit eingearbeitet und alles

wäre gut gewesen, denn die grundlegende Vorlage wäre nicht in Frage gestellt worden.

Denn das scheint mir doch der entscheidende Punkt: Ein Ratsgremium hat eine Verwaltungsvorlage abgelehnt und eigene alternative Vorgaben gemacht.

Ja, da mag im Detail etwas nicht ganz passig sein, aber daran hätten wir gemeinsam arbeiten können. Das ist aber nicht gewünscht, stattdessen wird die Meinung des Ausschusses öffentlich als Einkaufsliste herabgesetzt.

Kommen wir zum zweiten Kritikpunkt, die nicht gewürdigte Bürgerbeteiligung. Ja, diejenigen, die den in der Bürgerbeteiligung vorgelegten Ackersentwurf richtig toll fanden, denen werden wir nicht gerecht. Aber es gab genauso Menschen, die an der Bürgerbeteiligung teilgenommen haben und die sehr frustriert waren, weil eigene und vielleicht auch grundsätzlich andere Ideen nicht erwünscht waren.

Auf eine Frage bezüglich einiger in dem Prozess verloren gegangener Ideen sagte Herr Leuer: Bürgerbeteiligung ist nicht gleichzusetzen mit Bürgerbestimmung (Ds. 20-17776). Nun wo wir uns von diesem Prozess entfernen, ist es dann plötzlich doch Bürgerbestimmung?

Die Anzahl der Menschen, die an dieser Bürgerbeteiligung teilgenommen haben, war begrenzt. Der Rat der Stadt Braunschweig hat allein 55 Mitglieder, die wiederum leben auch nicht auf einer einsamen Insel, sondern bekommen zumindest von einem Teil der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger mit, was sie sich für den Hagenmarkt vorstellen. Natürlich nicht von allen, aber am Beteiligungsprozess hat auch nur eine kleine Auswahl teilgenommen.

Mein Rücklauf sagt mir, der Hagenmarkt soll grundsätzlich so wieder hergestellt werden, wie vor dem Sturm, Verbesserungen sind natürlich erlaubt.

Laut ISEK sollen die vorhandenen Grünflächen erhalten bleiben, der Änderungsantrag entspricht also den Vorgaben des ISEK.

Laut Klimakonzept der Stadt Braunschweig ist es wichtig für mehr Grün in der Stadt zu sorgen. Der Änderungsantrag entspricht also auch diesen Vorgaben.

Es gibt nur einen wirklichen Haken, er entspricht nicht den Vorstellungen der Verwaltung. Statt dies zu akzeptieren soll nun alles auf Anfang gesetzt werden und dies wird auch gerade vom Oberbürgermeister betrieben.

Zum Glück für den OB und die Verwaltung, hat die SPD nun Angst vor der eigenen Courage bekommen und die Grünen haben ja sowieso nur in Teilen hinter dem Änderungsantrag gestanden.

Christoph Bratmann sprach in einem Interview davon, dass in der Stadtplanung in den vergangenen Jahren das Leitbild der „Steinernen Stadt“ vorherrschte und Plätze wie der Wollmarkt und der Ägidienmarkt von den Bürgerinnen und Bürgern daher nicht angenommen wurden. Wieso fällt dann die SPD hinter den gemeinsamen Antrag zurück, der einen grünen Platz erhalten will?

Wir halten an dem interfraktionellen Änderungsantrag vom 28. April fest, denn auch dieser repräsentiert den Willen der Braunschweigerinnen und Braunschweiger.

Dank an Herrn Gedrowitz für sein Schreiben an Frau Kiefer.